

Am Anfang war Gewalt. Revolution und Konterrevolution in Deutschland 1918/19 ff.

von Gerhard Schäfer

I Die Problemstellung: Der 9. November 1918 in der deutschen Geschichte. Von der Monarchie zur demokratischen Republik

Nicht erst im Jubiläumsjahr 2018 - 100 J. nach der Verkündung der Republik durch Philipp Scheidemann - häufen sich die Neuerscheinungen zu der im öffentlichen Bewusstsein fast schon „vergessenen Revolution“. Dabei ist sie bis heute ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege der Demokratisierung Deutschlands seit der ersten bürgerlichen Revolution 1848: Das *Wahlrecht* wurde zum ersten Mal nach den Grundsätzen „allgemein, gleich, unmittelbar und geheim“ für alle Frauen und Männer über zwanzig Jahre fixiert. Frauen durften zum ersten Mal wählen - in England 1928, in Frankreich 1944, in der Schweiz 1971. An die Stelle der Monarchie trat eine (*bürgerlich-parlamentarische*) *Republik* mit dem Reichstag (und Reichsrat) als parlamentarischen Zentrum und dem vom Volk direkt gewählten Reichspräsidenten mit weitreichenden quasi-diktatorischen Vollmachten nach Art. 48, WRV. Das Resultat war ein bürgerlich-demokratisches Verfassungs- und Staatsgefüge, der Inhalt der sozialen Bewegungen der deutschen Revolution hingegen war, von der Arbeiterbewegung erkämpft, ein sozialistischer mit dem - allerdings vielgestaltigen - Rätegedanken im Zentrum. Vieles von den *halbherzigen und zugleich fortschrittlichen Ideen* und Reformschritten fand einen Niederschlag in der seit dem 11.8.1919 gültigen Weimarer Reichsverfassung (WRV).

Beide Errungenschaften waren letztlich durch den politischen Druck der Massen von Arbeitern und Soldaten, repräsentiert durch die Regierungsinstitution des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates mit Friedrich Ebert, dem späteren Reichspräsidenten (1919-1925), erzielt worden. Einer ihrer prominenten linken Sprecher, Karl Liebknecht, proklamierte darüber hinaus die *freie sozialistische Republik* vom Balkon des Berliner Schlosses, allerdings zwei Stunden später als Philipp Scheidemann, der die (*bürgerlich-parlamentarische*) *deutsche Republik* vom Seitenbalkon des Reichstages aus verkündet hatte. Damit sind bereits am 9. November 1918 die Trennungslinien zwischen zwei Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung benannt, die den Fortgang der Revolution bestimmen und bis heute z.B. die Bewertungen der Geschichtsschreibung ausmachen sowie die Konfliktlinien zwischen SPD und der Partei Die Linken beschreiben.

Wir können *zwei große Phasen in der Entwicklung der Revolution* unterscheiden: Die erste reicht vom Waffenstillstand bis zur erzwungenen Abdankung von Kaiser Wilhelm II. und der Übertragung des Amtes des Reichskanzlers an Friedrich Ebert (MSPD) durch seinen Vorgänger, den Prinzen

Max von Baden, über die Januaraufstände in Berlin und ihre gegenrevolutionäre Niederschlagung bis zur 1. Wahl der Nationalversammlung am 19.1.1919 und der Wahl Friedrich Eberts zum 1. Reichspräsidenten der Weimarer Republik; die „zweite Revolution“ (Axel Weipert) umfasst die vielfältigen rätesozialistischen Bewegungen seit dem Februar 1919 mit dem Berliner Generalstreik im März, den großen Massenstreikbewegungen in Oberschlesien, im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland und den sich anschließenden lokalen und dezentralen Rätebewegungen, keinesfalls immer von den Parteien der Arbeiterbewegung initiiert (MSPD, USPD, KPD) - diese zur sozialistischen Demokratie weiterdrängenden Impulse werden von Anfang an von den Regierungstruppen, den Freikorps und den Zeitfreiwilligenverbänden brutal unterdrückt. Zu diesem Kapitel gehören auch die bekannten drei Räterepubliken im Übergang von der ersten zur zweiten Phase der Revolution: die Räterepubliken von München, Bremen und - etwas weniger bekannt - von Braunschweig. Deren jeweilige und voneinander unterschiedene Geschichte und ihre militärische Zerschlagung wäre eine eigene Darstellung wert. Zugleich ist damit das den heutigen Abend füllende Thema von Revolution und Gegenrevolution vom November 1918 an und im Hinblick auf die Belastungen bis zum Ende der Weimarer Republik und die Machtübertragung an ein Bündnis aus Konservativen und Nationalsozialisten benannt.

Das Zusammenspiel zwischen MSPD und Oberster Heeresleitung (OHL), der Pakt zwischen Friedrich Ebert und Wilhelm Groener schon am 10. November 1918 abends, verdeutlicht die Absichten beider Machttäger: *„Am 10. abends habe ich telephonisch ein Bündnis geschlossen mit dem Volksbeauftragten Ebert zur Bekämpfung der Revolution. Wir haben gemeinsam - und ich rechne mir das zu meinem Verdienst an - von Anfang an die Revolution bekämpft, und zwar nach meiner eigenen Initiative und mit meiner Zielsetzung und mit allen Mitteln, die ich zur Bekämpfung der Revolution für geeignet hielt.“*

(W. Groener im Dolchstoßprozess)

Der neben Ebert wichtigste Mehrheitssozialdemokrat Philipp Scheidemann ergänzte aus seiner Sicht später: *„Das ist nun eine merkwürdige Revolution gewesen, wo der Träger der alten Gewalt (i.e. Max von Baden am 9. November 1918) den angeblichen Landesverräter bittet: Bitte seien Sie so freundlich und übernehmen Sie diesen Laden hier, es ist niemand anderer da, der ihn übernehmen kann! So war es. Täuschen wir uns nicht, es war so! Wer hätte es denn machen sollen?...und er fährt fort: „Wir haben keine Revolution vorbereitet, wir haben keine Revolution gewollt, sondern wir standen einfach auf die Bitten hin und auch schließlich aus eigenem Pflichtbewußtsein heraus vor der Frage, was tun wir in diesem Augenblick des furchtbarsten Elends unseres Volkes? Wir mußten ein bankrott System liquidieren. Wir waren sozusagen Gerichtsvollzieher geworden ...“* (Philipp Scheidemann im Dolchstoßprozess).

Die Stahlindustriellen an Rhein und Ruhr reihten sich mühelos in diesen gegendemokratischen Block ein. Sie hatten bereits am 9. Oktober ein mit der

MSPD und der OHL konvergierendes, wenn auch z.T. darüber hinausweisendes, defensiv-kapitalistisches Eigeninteresse bekundet: „*Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren?*“ ...In dieser Lage entdeckt die Kapital-Seite in den Gewerkschaften einen antirevolutionären Bundesgenossen, mit denen man am 15. November 1918 im zentralen „Arbeitsgemeinschaftsabkommen“ den Stinnes-Legien-Pakt schließt: der 8-Stunden-Tag wird eingeführt ebenso wie das Tarifvertragsrecht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und eine Arbeitslosenunterstützung. Allerdings stehen diese aus der Not geborenen Resultate der *Sozialpartnerschaft* auf schwachen und fragilen Füßen, gilt doch die Vereinbarung „mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung“, was die Arbeitgeber 1924 auch realisieren sollten, nachdem sich das Kräftegleichgewicht vom November 1918 nach den Erschütterungen 1923 zu ihren Gunsten verschoben hatte.

Der von Hugo Stinnes und 50 weiteren Industriellen mit 500 Mio. Reichsmark unterstützte „Kampffonds“ für die „Antibolschewistische Liga“ Eduard Stadlers war unter anderem für die Finanzierung von Freikorps, ihrer Anwerbeposten und vor allem auch für studentische Korporationen gedacht. Stadlers „Antibolschewistische Liga“ war nicht nur für Propaganda zuständig, sondern auch mitverantwortlich für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919. Dieser für die verschiedenen Fraktionen und Parteien der Arbeiterbewegung gleichermaßen bedeutsame Mord an ihren einst beliebten Führern sollte nur der Auftakt für eine große Welle von weiteren Morden rechter Extremisten und Gewalttäter sein, die von dem Heidelberger Mathematiker und Statistiker Emil Julius Gumbel in seinem Buch „Vier Jahre politischer Mord“ (1922) minutiös recherchiert und aufgelistet worden waren. Bekannt sind die Morde an den Revolutionären der Münchner Räterepublik, Gustav Landauer, Eugène Leviné, und Kurt Eisner, der auf dem Weg zu seiner Demission vom Amt des Ministerpräsidenten von dem Rechtsextremisten Graf Arco erschossen wurde. Aber auch die Morde an Matthias Erzberger, Walther Rathenau sowie die Attentate auf den SPD-Politiker Philipp Scheidemann und den Publizisten Maximilian Harden gehen auf dieses rechtsextreme Konto.

Dafür wurde Prof. Gumbel von den rechten Studentenverbänden, den Korporierten und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB), aber auch von vielen seiner Hochschullehrer-Kollegen gehasst und von der Hochschulverwaltung schließlich 1932 aus Amt und Universität gedrängt. Gumbels Auflistung belegt die Dominanz von rechtsextremen, republikfeindlichen und nationalistischen Tätern im Zeitraum von 1918-1922: 354 politische Morde von rechts führten zu einer Gesamtsühne von lediglich einmal lebenslänglichem Arrest, 90 Jahren und zwei Monaten Haft sowie einer Geldstrafe von 730 Mark. Diesen standen 22 Morde von links gegenüber, die allerdings mit einer Gesamtsühne von 10 Erschießungen, 248 Jahren und neun Monaten Haft sowie drei lebenslänglichen Zuchthausstrafen belegt wurden. Von

seriösen Historikern sind jüngst die Opferzahlen/die Toten im Zusammenhang mit dem mörderischen Wüten der Gegenrevolution auf 4.500 bis 5000 geschätzt worden (Karl Heinz Roth), ein Grund mehr, nach den Ursachen, den Motiven, den Tätern und Hauptverantwortlichen der Gegenrevolution zu forschen.

Der Titel des irischen Historikers Mark Jones „Am Anfang war Gewalt“ (2018) ist insoweit zutreffend und ungenau zugleich. Unbestreitbar ist, dass es auch Gewalt von links gab (so z.B. beim Kieler „Matrosenaufstand“ am 5.11. und an anderen Orten in Berlin und in München, z.B. die Geiselmorde im Hof des Luitpold-Gymnasiums), allerdings war sie im Vergleich mit der Regierungsgewalt quantitativ eher „bescheiden“. Die Eskalation staatlich legitimer und politisch motivierter Gewalt am Anfang der ersten deutschen Demokratie ist eine schwerwiegende Hypothek der neueren deutschen Geschichte, insofern sie in den kollektiven Gefühlshaushalt und die Erinnerungskultur der Deutschen eingebrannt ist. Ein Klima der Paranoia, des antikommunistischen Feindbildes (Oktoberrevolution 1917), dramatischer Gerüchtebildung und Angsterzeugung von Teilen des Bürgertums gegenüber einem hungernden und kriegsmüden großstädtischen Proletariat half die Gewalt gegen Links zu steigern. Die Geschichtsschreibung über die Revolution 1918-20 hat im Laufe der Jahrzehnte deshalb auch immer zahllose Mythen hervorgebracht, so z.B. um die Januaraufstände Anfang 1919, fälschlicherweise häufig als „Spartakistenaufstände“ bezeichnet. Andererseits sind wir historisch erst unzureichend informiert über das Verhältnis des Bürgertums zur Revolution. Teile des bürgerlich-liberalen Spektrums sind jedoch demokratischen Reformen gegenüber aufgeschlossen (DDP, et al.), wie die Ausarbeitung der Verfassung durch Hugo Preuß belegt. Andere, wie der Bund „Neues Vaterland“, formulieren gar in Übereinstimmung mit der Massenstimmung unter den Arbeitern und Soldaten im November 1918 weitergehend: *„Die bisherige Gesellschaftsordnung hat uns in den Abgrund geführt, ... Nur die sozialistische Gesellschaft kann die Völker vor dem Verfall in die Barbarei retten.“*

Mit diesen einleitenden Bemerkungen haben wir die komplexe, gleichwohl antagonistische Lage zu Beginn der Weimarer Republik beschrieben: auf der Seite der herrschenden Ordnung haben sich die Kräfte der MSPD, der OHL, der neuen Regierung der Weimarer Koalition (MSPD-Zentrum-DDP) und der Industrie sowie dem an Bedeutung verlorenen adligen Großgrundbesitz (nun ohne Monarchie) verbündet; auf der anderen Seite sind die Kräfte der Veränderung mit der USPD (in Bremen und Leipzig stärkste Partei), den rätedemokratischen Bewegungen von unten in der Arbeiterschaft und der sich neu formierenden Kommunistischen Partei um die Jahreswende 1918/19.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben - und mit ihnen der Beamtenapparat, die Verwaltungen und die kulturellen Eliten, die Lehrer und die Hochschullehrer und die Studierenden in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit, eine Minderheit fand sich zusammen im "Weimarer Kreis" der Hochschullehrer, unter ihnen auch zwei Hochschullehrer, die als Dozenten der Universität Kiel am Kampf

gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 teilgenommen hatten: Gustav Radbruch, später SPD-Justizminister und Juraprofessor in Heidelberg, 1933 seiner Stellung beraubt und Hermann Heller, sozialdemokratischer Jurist im Prozess "Preußen contra Reich" und Vertreter von Prinzipien einer sozialen Demokratie und des sozialen Rechtsstaates, wie sie z.B. im Art.20,GG festgelegt worden sind. Hermann Heller, ebenfalls 1933 seines Amtes von den Nazis enthoben, stirbt im November 1933 im Madrider Exil an den Folgen eines Herzinfarktes.

Damit sind wir beim zweiten Kapitel: den Kräften der Revolution.

II. Die Kräfte der Revolution

Um die revolutionären Ereignisse des November 1918 ff. zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick auf den 4. August 1914 nötig, den man als den Sündenfall der deutschen Sozialdemokratie bezeichnen kann. Die Fraktion stimmte den Kriegskrediten an diesem Tage zu, obwohl es intern 14 Gegenstimmen gegeben hatte. Der Volkstribun August Bebel war 1913 gestorben - er hatte die widerstrebenden Flügel zusammenhalten können. Nun war die Parteiorganisation der SPD - die Kapitulation der Gewerkschaften unter Carl Legien war bereits erfolgt - der nationalistischen und imperialistischen Ideologie der Herrschenden im Kaiserreich erlegen, obwohl noch am 28. Juli 1914, dem Tag der ersten Kriegserklärung, Hunderttausende deutscher Arbeiter in vielen Städten gegen den Krieg demonstriert hatten, am 2. August 1914 die englischen Arbeiter. Das Prinzip der Nation hatte bereits wenige Tage später mehrheitlich über das Prinzip des Klassenkampfes gesiegt.

Jahre zuvor hatten alle sozialistischen Parteien auf dem Kongress der Zweiten Internationale in Stuttgart 1907 einer von W.I. Lenin, A. Martow und R. Luxemburg formulierten Resolution zugestimmt: *„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es ihre Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“* Warum sollten auch deutsche Arbeiter auf französische schießen und umgekehrt, oder englische auf deutsche oder deutsche auf russische? Die Haltung der Arbeiterbewegung lag sowohl in ihrem nationalen als auch internationalen Interesse. Diesen Friedenswillen bekundeten alle Parteien der Internationale im Baseler Münster

Ende November 1912 noch einmal. Sie riefen noch Ende des Monats Juli 1914, wie gezeigt, zu Demonstrationen gegen die Kriegspolitik ihrer Regierungen auf, und in allen Ländern folgten die Massen diesem Aufruf. - Kurz darauf folgten sie allerdings auch der Mobilmachung und der Einberufung, eine Entwicklung, die bis heute sozialpsychologisch kaum hinreichend erklärt worden ist (Presse, Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Vereine, etc.).

Aus dieser Situation des chauvinistischen Taumels konnten sich nur kleine Gruppen von Oppositionellen befreien. Karl Liebknecht war der erste Reichstagsabgeordnete, der sich dem problematischen Konsens der „Burgfriedenspolitik“ entzog und im Dezember 1914 als einziger mit „Nein“ zu den Kriegskrediten stimmte. Weitere linke Partei-Intellektuelle, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, u.a. schlossen sich dieser Position an, stimmten im Dezember 1915 gegen die erneute Bewilligung der Kriegskredite. Die Gruppe wurde aus der Fraktion ausgeschlossen und konstituierte sich zunächst als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“.

Im Verlaufe des weiteren Kriegsgeschehens stellte sich eine gewisse Kriegsmüdigkeit ein, zumal der Hunger das vorherrschende Problem in der Heimat wurde. Die Ausgeschlossenen gründeten am 6./7.4. 1917 in Gotha die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)*, in der Revisionisten (Bernstein, Eisner), das marxistische Zentrum um Kautsky und zunächst auch die Gruppe Spartakus um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zusammenwirkten. Konflikte mit den Mehrheitssozialdemokraten resultierten aus der Haltung zu den Kriegskrediten sowie zur Regierungsübernahme und den bürgerlichen Parteien. Den linken Flügel dieser Partei bildeten die sogenannten „*Revolutionären Obleute*“ vorzugsweise aus den Berliner Metall-Großbetrieben - sie taten sich besonders bei den Streikbewegungen im Frühjahr 1917 (z.T. beflügelt von der russischen Februarrevolution), bei den Marineunruhen im Sommer 1917 und bei den Januarstreiks 1918 unter dem Slogan „*Frieden, Freiheit und Brot*“ hervor.

Die hungernden, verbitterten und kriegsmüden Massen hatten sich längst von der passiv verharrenden MSPD abgewandt und sahen ihre Zukunftshoffnungen nur noch bei der USPD. Sie war in Leipzig und in Bremen die stärkste der beiden Arbeiterparteien, in Bremen ging die Spaltung sogar von der MSPD im Dezember 1916 aus, nicht umgekehrt, und zwar von dem ehemaligen Bremer Gewerkschaftsfunktionär Friedrich Ebert und seinen Gefolgsleuten in Partei und Gewerkschaft. Die Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 war von Matthias Erzberger, dem Zentrumspolitiker und späteren Unterzeichner des Waffenstillstandes am 11.11.1918 im Wald von Compiègne nahe Paris, eingebracht worden und stand im Zeichen eines „Verständigungsfriedens“ (Linksliberale, Zentrum und MSPD), nicht etwa auf Initiative der Mehrheitssozialdemokraten. Ebert war zunächst - ganz im Anti-Chaos-Affekt verfangen - für die Beibehaltung der Monarchie gewesen, als ihm am 9. November 1918 vom Prinz Max von Baden das Amt des Reichskanzlers angetragen wurde.

Diesen Ereignissen vorausgegangen war die Bereitschaft von Hindenburg und Ludendorff (OHL) zum Waffenstillstand (26.9.1918) - einen Monat später wollte die deutsche Admiralität hinter dem Rücken von Parlament und Regierung die Flotte noch einmal auslaufen lassen und gegen die Briten ein letztes Gefecht führen. Dies brachte das Unruhefass zum Überlaufen: Die Matrosenaufstände in Kiel (4.11.1918) und zuvor in Wilhelmshaven (29.10.) verhinderten diese abenteuerliche Militärpolitik. Ein Bündnis von Arbeitern und Soldaten bildete sich spontan und überall im Land und läuft zusammen in den Arbeiter- und Soldatenräten, die den in Berlin sitzenden *Rat der Volksbeauftragten* (3 MSPD, 3 USPD) stützen. Die Spaltung der Arbeiterbewegung wird noch dadurch kompliziert, dass an der Jahreswende 1918/19 aus der Gruppe Spartakus und der Bremer Linken heraus die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)* gegründet wird. Damit sind weitere Spannungen vorprogrammiert, nicht nur zur Mehrheitssozialdemokratie, sondern auch zur USPD - vor allem hinsichtlich der Einschätzung der Massenbewegungen im Jahr 1919 und der Teilnahme an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung. Die erneute Spaltung der USPD im Jahr 1920 führte den radikaleren Flügel der Unabhängigen zur KPD, der andere Teil vereinigte sich 1922 mit der MSPD zur SPD.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung in drei Organisationen, nun in zwei sich teilweise feindlich gegenüberstehenden Formationen, stellte eine schwerwiegende Hypothek in den ersten Kampfzyklen der Weimarer Republik dar, die nicht allein auf das Konto Regierung (SPD) und Opposition (KPD) verbucht werden kann. Es waren zwei grundlegend verschiedene Ansätze der Politik: die Sozialdemokraten setzten vorwiegend auf parlamentarische Arbeit und Reformen für die arbeitende Bevölkerung und die Mittelschichten und plädierten für eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien in der Weimarer Koalition, die Kommunisten hielten an außerparlamentarisch zu führendem Klassenkampf fest und formulierten ihre sozialistischen Ziele zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in enger Anlehnung an die Bolschewiki und die Oktoberrevolution 1917. Die von sozialdemokratischen Ministern - wie dem Reichswehrminister Gustav Noske - ausgeübte terroristische Macht zur Bekämpfung der sozialistischen Massenbewegungen wurde immer als „Kampf gegen den Bolschewismus“ legitimiert. Die dabei entstandenen Opfer wurden von den Kommunisten als schwere Belastung empfunden, auf der anderen Seite verbaute die KPD in ihrer späteren maßlosen Kritik an der Sozialdemokratie („soziale Stütze des Faschismus“) und in ihrer dogmatischen Befolgung der sowjetischen Vorgaben ihrer Schwesterpartei die Möglichkeiten der Kooperation mit den Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die es trotzdem vor Ort gab. Ein einheitlicher Kampf gegen den Nationalsozialismus, dessen Vorformen in den Gewaltexzessen der Freikorps und zahlreicher Geheimorganisationen (z.B. Thule-Gesellschaft, Organisation Escherich, Schwarze Reichswehr etc.) 1919/1920 bereits sichtbar wurden, war angesichts dieser Konfrontation nicht möglich.

Die Träger der „zweiten Revolution“ waren die breiten Massen, vor allem Arbeiter und Soldaten, die nicht unbedingt *einer* parteipolitischen Strömung der Arbeiterbewegung zugeordnet werden können. Diese zweite Phase der Revolution vom Frühjahr 1919 bis in die Zeit unmittelbar nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch im April 1920 ist in der Forschung erst jüngst beachtet worden. Erhebliche Teile der Rätebewegung, besonders in Berlin, zielten auf eine Demokratisierung von unten, weil sie auch nach den Wahlen zur Nationalversammlung kaum Hoffnung auf grundlegende Reformen von Seiten der Regierung (Weimarer Koalition) hegten. Die Demokratisierung von oben bezog sich auf den äußeren Rahmen des Übergangs von der Monarchie zur demokratisch-parlamentarischen Republik war diesen Massen nicht genug, sie suchten nach einem Zwischenstück zwischen Volk und Parlament/Regierung, nach intermediären Institutionen, die die Willensbildung des Volkes auch zwischen den Wahlen basisdemokratisch zum Ausdruck bringen sollten - und das waren die *Räte*. Die Berliner Rätebewegung war eine spezifische Umsetzung sozialistisch-basisdemokratischer Vorstellungen in die politische Praxis breiter Massen.

Im „Mitteilungsblatt des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin“ wurden die Ziele und die Bedeutung des Berliner Generalstreiks vorgestellt: *„Zum ersten Male ist in Berlin eine Bewegung zustande gekommen durch einen Willensausdruck der in den Arbeiterräten zusammengefassten proletarischen Massen. Nicht eine einzelne Gewerkschaft, nicht ein einzelner Betrieb, sondern das gesamte Groß-Berliner Proletariat steht Schulter an Schulter, um Unrecht und Gewalt abzuwehren, um seine Rechte zu wahren und dem Sozialismus den Sieg zu bahnen. Jetzt gilt es für jeden Proletarier, mag er mit dem Kopf, mag er mit der Hand arbeiten, unbedingt Solidarität zu üben, den Ernst der Stunde zu begreifen und auszuhalten bis zum endgültigen Siege. - Nicht aus egoistischen Motiven sind die Arbeiter in den Ausstand getreten, nicht um Lohnerhöhungen handelt es sich bei diesem Streik. Die herrschenden Gewalten und das arbeiterfeindliche Bürgertum sollen erkennen, daß der Arbeiter sich nicht wieder entrechten und nicht wieder ausbeuten lassen will, daß er mit aller Energie, mit allem proletarischen Idealismus für seine und damit für des gesamten werktätigen Volkes Freiheit kämpfen will.“* (4.3.1919)

Wie auch in vorausgegangenen Revolutionen (Februar und Juni 1848 in Frankreich, Februar und Oktober 1917 in Russland) ging es um das Weitertreiben der Revolution von der parlamentarischen Republik zur sozialistischen Räte Demokratie - bei aller Unklarheit des Rätekonzepts im Detail. Die wichtige Rolle der Basis in der Metropole Berlin zeigte sich u.a. in der Beteiligung an den Wahlen für die Betriebsräte und die Groß-Berliner Vollversammlung, aber auch in den beiden Generalstreiks mit jeweils einer Million Beteiligten, hinzu kamen noch Demonstrationen und Versammlungen bis zu 100.000 Teilnehmern. Entgegen früheren Auffassungen von Historikern hatte sich die Rätebewegung zwar radikalisiert, war aber keineswegs bolschewistisch, schon gar nicht handelte es sich um eine unmittelbar

bevorstehende bolschewistische Machtübernahme. Es gab zwar Ideen-Bezüge auf die russischen Sowjets und außenpolitische Orientierungen auf das Land im Osten, aber sonst verfolgte man einen eigenständigen deutschen Weg. Der Räte-Sozialismus mit seinem Markenkern der Demokratisierung von unten widersprach auch diametral der Vorstellung, die Revolution könne nur von einer straff hierarchisch aufgebauten Kaderpartei leninistischen Typs als der Avantgarde des Proletariats gemacht werden. Im Übrigen wurden in diesen Debatten Organisationsformen entwickelt, die von den Betriebsräten, den Schülerräten, über Erwerbslosenräte, den Politischen Rat geistiger Arbeiter, Frauenräte reichen und z.T. heute noch erhalten sind (mit weniger Macht).

III. Die Kräfte der Gegenrevolution

Warum sind die Kräfte der deutschen Revolution 1918-1920 gescheitert? Es geht hier weniger um die Unentschlossenheit, die fehlende Weitsicht, die mangelnde Koordination, aber auch die theoretisch-konzeptionellen Schwächen der Arbeiter- und Soldatenräte, sondern um die strukturellen Ursachen des Scheiterns, die in den Blick genommen werden müssen - und die liegen in dem exzessiven Ausmaß der Gewalt von gegenrevolutionären Kräften (darin ist sich die neuere Forschung einig). Deren Koordinatoren waren Spitzenvertreter der Mehrheitssozialdemokratie (F. Ebert, G. Noske), die sehr früh, wie wir haben das eingangs zitiert, einen strategischen Pakt mit der OHL (W. Groener) geschlossen hatten. Dieses Bündnis wurde durch das Abkommen zwischen der Gewerkschaftsführung (C. Legien) und dem Stahlbaron und Rüstungsindustriellen H. Stinnes wenige Tage später sozialpolitisch untermauert. Damit sollten die Massen der Arbeiter- und Soldatenräte zufriedengestellt und von revolutionären Umtrieben („öffentliche Sicherheit und Ordnung“) abgehalten und eine angeblich drohende Bolschewisierung verhindert werden.

Zu diesem Zwecke hatte der sozialdemokratisch geführte Rat der Volksbeauftragten die alten Offiziere der kaiserlichen Armee in ihren Funktionen bestätigt und die anfangs von den zurückkehrenden Soldaten geforderte Demokratisierung des Militärs bereits im Januar 1919 zurückgenommen (Wählbarkeit der Kommandeure, Abschaffung des Kadavergehorsams, die Entfernung aller Rangabzeichen, etc.). Die militärischen Kräfte, die zur Niederwerfung der revolutionären Teile der Arbeiterbewegung benötigt wurden, rekrutierten sich aus der Masse der ehemaligen Offiziere der Weltkriegsarmee, den durch den Krieg verrohten Soldaten und den durch die jahrzehntelange Propaganda gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zum Hass auf die Linke erzogenen, in Freikorps und Zeitfreiwilligenverbänden organisierten Bürgern, Studenten und Akademikern - hier besonders die schlagenden Verbindungen (wir zeigen das später am Beispiel des Marburger Studentenkorps (StuKoMa) und den von seinen Mitgliedern verübten Arbeitermorden von Mechterstädt in Thüringen im März

1920). Sie alle erledigten ihre Aufträge mit äußerster Brutalität und Rückendeckung von sozialdemokratischen Ministern (z.B. K. Haenisch in Preußen), reaktionärer Justiz und der deutschnational-völkischen Hochschullehrer.

Um einen Eindruck von den Gewaltexzessen zu vermitteln, zitiere ich aus dem Brief eines Freikorpssoldaten an seine Schwester über die Kämpfe gegen die bewaffneten Ruhrarbeiter im März 1920: *„Selbst die Verwundeten erschießen wir noch. Die Begeisterung ist großartig, fast unglaublich ... Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt, und dann noch mit der Kugel. Ich dachte während des ganzen Gefechts an die Station A. Das kommt nämlich daher, daß wir auch zehn Rote-Kreuz-Schwestern sofort erschossen haben, von denen jede eine Pistole bei sich trug. Mit Freuden schossen wir auf diese Schandbilder, und wie sie geweint und gebetet haben, wir sollten ihnen das Leben lassen! Nichts! Wer mit der Waffe angetroffen wird, der ist unser Gegner und muß dran glauben. Gegen die Franzosen waren wir im Feld viel humaner.“*

In den Kampfmethoden, den Feindbildern und ihren Ideologien repräsentierten diese Verbände schon eine Frühform des deutschen Faschismus. Einige von ihnen trugen an ihrem Stahlhelm bereits das Hakenkreuz oder hatten ihre Fahrzeuge damit besprüht. Manche, die sich an den Gewaltexzessen beteiligt hatten, waren später in SA oder SS aktiv (z.B. Manfred von Killinger u.a.).

Die Opferzahlen sind erheblich: Etwa 1000 Menschen kamen im Zusammenhang mit der Niederschlagung der Münchner Räterepublik ums Leben, Ministerpräsident Kurt Eisner, ein Pazifist, wurde auf dem Wege zu seiner Rücktrittserklärung erschossen.

Die Repräsentanten der Bremer Räterepublik hatten einstimmig das Ende ihres Versuchs beschlossen (MSPD, USPD, KPD) und waren zu Verhandlungen nach Verden gereist, wohin die Division Gerstenberg, gerufen vom Kaffeemäzen Ludwig Roselius, von Reichswehrminister Noske beordert worden war. Noske reagierte: „Es wird vorgegangen.“ Am 4.2.1919 marschierten die Gerstenberger ein, es kam zu 75 Toten und 175 Verwundeten, eine noch relativ geringe Zahl, denn noch gab es keine Gefangenen-Tötungsbefehle.

Dieser von *Hauptmann Pabst*, dem Hauptverantwortlichen für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, entworfene und Noske vorgelegte „*Schießbefehl*“ (Klaus Gietinger) vom 9.3.1919 (also: kurz vor dem Ende des Berliner Generalstreiks) lautete: *„Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“* Dem früheren NS-Juristen Ernst Rudolf Huber, Verfasser des „*Verfassungsrechts des Großdeutschen Reiches*“ (1939), stockte noch Jahrzehnte später der Atem, als er in seiner 5-bändigen Verfassungsgeschichte diesen Befehl zur Gefangenen-tötung als „*rechtswidrig*“ klassifizierte. Waldemar Pabst befahl jene Gardekavalleriedivision, deren Führung im noblen Hotel Eden residierte und von dort aus Verhöre und Mordaktionen veranstaltete. Er konnte noch 1962 im Spiegel (Nr.16/ 18.4.1962) den Mord an Rosa Luxemburg

und Karl Liebknecht ungestraft rechtfertigen. In einem Brief hatte er die Hintergründe benannt: *„Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte (mit Ebert im Hintergrund) und auch meine Offiziere schützen musste, , ist klar. ... Als Kavalier habe ich das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, daß ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit.“ (K. Gietinger,384)*

Das war allerdings nur die Ouvertüre: Nach dem Generalstreik in Berlin wurden im März 1919 mindestens 1200 (Noskes Angaben), nach anderen bis zu 2000 Menschen, darunter Jugendliche, Frauen und Kinder wegen Bagatellen, die gar nichts mit dem Schießbefehl zu tun hatten, ermordet. Es war, so der junge irische Historiker Mark Jones 2017 das „Gründungsmassaker“ der Weimarer Republik.

Der Konterrevolutionär Waldemar Pabst verzog sich alsbald nach Österreich und beriet die später entstehende faschistische Heimwehr, knüpfte internationale Verbindungen zum italienischen Faschismus Mussolinis 1922 ff und zu den anderen Truppen des weißen Terrors in Ungarn nach der dortigen Zerschlagung der Räterepublik Bela Kuns, und anderswo. Dieses Kapitel gehört in die Geschichte des Präfaschismus und zeigt die europäische Dimension der Krise des bürgerlich-liberalen Systems und des damit verknüpften Aufstiegs der faschistischen Bewegungen.

Dass die gegenrevolutionären Kampftruppen - besonders nach dem Versailler Vertrag (100.000-Mann Heer) - untergründig weiter existierten und zusammen mit den sie finanzierenden Rüstungsmagnaten auf eine Zerstörung der Weimarer Republik hinarbeiteten und zu Keimzellen des Nationalsozialismus wurden, ist belegt. Sie wüteten z.B. noch einmal im Regierungsauftrag, als die Arbeiterbewegung den Kapp-Lüttwitz-Putsch durch einen Generalstreik beendete und damit der Regierung das Weiterarbeiten gesichert hatte (sie war in Weimar „untergekrochen“). Dieser nationalistische, antirepublikanische und antidemokratische Untergrund mäandrierte in eine Vielzahl von gewaltbereiten Gruppen, unter ihnen die Organisation Consul, die Thule Gesellschaft, die Schwarze Reichswehr, alles Organisationen, deren Mordtaten der bereits erwähnte Heidelberger Wissenschaftler Emil Julius Gumbel beschrieben hatte und deren Ergebnisse auch vom SPD-Reichsjustizminister Gustav Radbruch nicht in Frage gestellt wurden.

Ein weiteres Ereignis, über das ich abschließend berichten möchte, zeigt die tiefe Verankerung der Demokratiefeindschaft bei den geistigen Eliten, den Professoren und den Studierenden, und in der Justiz sowie dem Militär, das sich von Anfang an als „Staat im Staate“ gerierte und im Geheimen nicht nur eine nach dem Versailler Vertrag nicht genehmigte Wiederaufrüstung betrieb (z.T. auch in Kooperation mit der so verfeindeten Roten Armee), sondern auch in der Waffenausbildung und im Wehrsport der akademischen Jugend engagiert war. Nun zum Ereignis: „In den Morgenstunden des 25. März 1920 wurden bei Mechterstädt in Thüringen 15 Arbeiter aus Thal von 14 Marburger Verbindungsstudenten des Marburger Studentenkorps „auf der Flucht“

erschossen. Absprachen zwischen Anklage und Verteidigung, manipulierte Zeugen und sogar das Verschwindenlassen von Beweismitteln machten bereits im Ansatz ein rechtsstaatlichen Ansprüchen genügendes Verfahren unmöglich. Die Täter wurden freigesprochen. 'Mechterstädt' steht seither synonym für den barbarischen innenpolitischen Krieg gegen die 'Novemberverbrecher' für die Kontinuitäten einer vordemokratischen Gesinnungsjustiz und die folgenschwere Radikalisierung des Konservatismus im Netzwerk völkisch-nationalistischer Organisationen.“ Soweit das Forschungsergebnis von Dietrich Heither und Adelheid Schulze (2015). - Die Mörder dieses Marburger Stukomas wurden von allen Stützen der damaligen Gesellschaft geschützt - von den Universitätsleitungen bis zu den Richtern. Der Verteidiger W. Luetgebrune, z.B. wurde einer der Rechtsanwälte der nazistischen SA.

IV. Fazit

Die deutsche Revolution von 1918-1920 lehrt ein Vielfaches:

1. Die demokratische Republik ist viel, auch wenn ein weitergehendes Ziel in Richtung auf sozialistische Demokratie oder Rätedemokratie legitim ist. Die Errungenschaften der neuen parlamentarischen Republik sind beachtlich (vom Wahlrecht über die Verfassung bis zur kulturellen Vielfalt in den Blütejahren). Die Hypotheken sind enorm und belasten die Demokratie von ihren Anfängen: Sie hatte wohl unter diesen Voraussetzungen kaum eine wirkliche Chance: das Weiterwirken der alten Kräfte (Regierung, Verwaltung, Justiz, Militär, Universitäten) im Verbund mit obrigkeitsloyalen neuen Kräften versprochen wenig Hoffnungsvolles. Vorboten des Faschismus sind deutlich erkennbar.

2. Der Einsatz exzessiver regierungsamtlicher Gewalt ist vielleicht die größte Hypothek, die immer auch Gegengewalt bei den bislang Entrechteten und Unterdrückten (Arbeiterbewegung) hervorruft (auch wenn sie legitim erscheint). 100 Jahre nach der Revolution und den weiteren blutigen Erfahrungen des „Jahrhunderts der Extreme“ (E. J .Hobsbawm) ist ein Verzicht auf Gewalt in innenpolitischen Konflikten eine *conditio sine qua non*. Das dünne Eis der humanen Zivilisation ist zu fragil, so der Soziologe Norbert Elias, als dass man sich auf dieses menschenverachtende Spiel einlassen könnte. Das gilt nicht nur für Individuen oder terroristische Gruppen, sondern auch für regierungsamtlich oder staatlich ausgeübte oder verdeckte Gewalt, wie sie z.B. jüngst in dem NSU-Prozess zum Vorschein gekommen ist.

3. Die Lösung der sozialen Fragen ist ein entscheidender Aspekt in der Selbst-Mobilisierung der Massen der arbeitenden Bevölkerung in der Weimarer Republik. Die Lösungen von damals z.B. zur Arbeitslosenunterstützung sind auf einem für uns heute unvorstellbar niedrigen Niveau, aber auch heute leben viele Millionen prekär Beschäftigte (z.T. mit mehreren Jobs) am unteren Limit, mit

extrem negativen Wirkungen auf Kinder und Jugendliche. Wer die Probleme von Arbeitslosen, von Wohnungslosen und den von Armut Bedrohten nicht ernst nimmt und praktische Lösungen anbietet und umsetzt, so eine der Lehren aus dieser Geschichtsepoche, läuft Gefahr, den Boden für extrem rechte Bewegungen und Parteien zu bereiten.

4. Die Diskussion um das Rätekonzept von 1918-20, so unvollkommen es damals erschienen sein mag, offenbart ein politisches Problem unserer Tage. 1918 waren z.B. Bürgerinitiativen verschiedenster Art kaum denkbar, seit Jahrzehnten gehören sie zu unserem Alltag, Warum können nicht weitere Überlegungen/Diskussionen zu neuen Formen der Beteiligung und zu mehr Demokratie in unseren Institutionen und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit führen? Zur Verteidigung unserer Demokratie gehört immer auch ihre beherzte Weiterentwicklung und experimentelle Erweiterung - es ist kein Ersatz, sondern eine lebendige Erweiterung / Ergänzung des Parlamentarismus. Dies gilt besonders in Zeiten ihrer Bedrohung - nicht nur gestern.

Habt Mut, euch eures eigenen Verstandes zu bedienen und zeigt Courage gegenüber allen Verächtern der Demokratie.